

Wische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe ausgeführt

Verlag: Dillstedt, Chefredakteur: Georg Bernbardt, Berlin.
Erd. (in Ausd. d. Handelss.) I. V. Dr. Graf Mergelias, Berlin.
Uebers. Manusk. wird, nur zurückgenom., wenn Porto bel.

Schriftleitung: Berlin SW. 68, Kochstraße 22-26

Fernschreib-Zentrale: Dillstedt, Amt-Denkf. 3500-3603,
für die Fernschreib-Zentrale: Dillstedt 3008-3028, Telegramm-
Adresse: Ullrich-Beck, Berlin. Postbescheid Berlin 600.

Locarno-Abchluß im Reichstag

Der letzte Tag

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht die dritte Beratung des Gesetzes über Locarno. Am Regierungstisch sitzt einlaßend und allen Reichstagsmitglieder Dr. Zuber, der die Verhandlung mit einer nicht schließenden Rede von Anfang an bis zum Ende gefolgt ist. Er hat dem sozialdemokratischen Redner Dr. Breitscheid aufmerksamer zu, der in seiner Rede politischer Art mit den Delegierten ins Gespräch geht. Auf der Rede-Zeit findet man noch die Namen von Vertretern aller Fraktionen, u. a. den von Frau Getzlin, der Sozialdemokraten, die auch aus Moskau beurlaubt — schon bei der ersten Beratung sprechen sollte, aber damals von der Rede noch zu sehr erkrankt war. Von der Regierungstisch wird eine Erklärung abgegeben worden, daß das Gesetz über Locarno nicht verfassungsändernd sei und nur der äußeren Sicherheit bediene. Man hofft, die Aussprache in der dritten Beratung in den ersten Abendstunden beenden und Schlussbestimmung zwischen 6 und 7 Uhr vornehmen zu können.

Eine große Mehrheit für das Gesetz von Locarno ist festgestellt, auch eine große Mehrheit für den Antrag des Zentrum, der die Regierung auffordert, alle Abänderungen zu machen, nur vor dem Eintritt des Beschlusses in die Reichstags-Sitzung im Hinblick auf die Reichstags-Sitzung zu entscheiden. Doch die Regierung nicht zugehen will — schon aus eigener Initiative, in diesem Sinne zu wirken, ist selbstverständlich. Es wird sich in diesen Tagen, vor und nach der Unterzeichnung des Vertrages in London, genau Gelegentlich bieten für die deutschen Staatsmänner, mit Chamberlain und Briand des Thema eingehend zu erörtern.

Die Reichstags-Mehrheit, die das Gesetz über Locarno annimmt, wird dem Antrag ablehnen, den Zentrum für den Eintritt des Beschlusses in den Reichstag einen „Wischen“ beherrschende Beschlüsse des Reichstages zu überlassen. Die Reichstags-Mehrheit wird auch die Ministerposten der Reichsparteien und der Kommunisten ablehnen. Das Gesetz über Locarno wird heute beschließen, morgen o o m

Reichspräsidenten unterzeichnet und dann im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Und dem Beschlusse, die Verkündung des Gesetzes am zwei Monate hinausgeschoben, wird dadurch begegnet werden, daß der Reichstag das Gesetz über Locarno für dringlich erklärt.

Die Fahrt nach London

Wie jetzt einträglich feststeht, wird die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno in London nicht durch die Volkshetze, sondern durch die Delegierten der Mächte erfolgen, die in Locarno das Schlussprotokoll paraphiert haben. Reichstagsminister Dr. Zuber, Außenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. S. äußert werden sich am Sonntag nach London begeben. Mit Rücksicht auf die Software in England werden sich die Festlichkeiten auf einen kurzen Empfang beim König und auf Banquetts beim englischen Premierminister Baldwin und beim englischen Außenminister Chamberlain beschränken.

Der Wirt an Mussolini

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“
wie London, 27. November
Das japanische Nachrichtenblatt ist es der englischen Regierung nicht gelungen, Mussolini von der Abreise nach London zu überzeugen. London fern zu bleiben und sich durch seine Anwesenheit zu lassen. Die englische Regierung hat die italienischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie bereit ist, die Sicherheit der Person Mussolinis während seines hiesigen Aufenthaltes zu gewährleisten. Amüsant ist dem Wirtener aber zu verstehen gegeben worden, daß die englische Regierung nicht in der Lage sei, gegen feindselige Demonstrationen der im höchsten Maße erzeugten englischen Öffentlichkeit und der englischen Arbeiterschaft irgend-
wie zuzugehen.

Kabinett Briand

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“
wie Paris, 27. November
Die Bildung des neuen Kabinetts wird für heute nachmittags erwartet. Briand konstituierte morgens mit Loucheur, Senator Doumer und dem Sozialisten Paul Doumer.
Man glaubt, daß Briand die Bildung eines links orientierten Kabinetts mit der Teilnahme des linken Flügels der bisherigen Opposition gelungen wird. Die Sozialisten haben, wie ich erfuhr, nicht die Möglichkeit, die Arbeit eines derzeitigen Kabinetts durch systematische Opposition zu erschweren, die werden vielmehr zunächst wohlwollende Neutralität beobachten, wobei sie sich natürlich das Recht vorbehalten, gegen alle Regierungsgeschäften zu stimmen, die mit dem sozialistischen Programm unvereinbar sind.

Die Trauerfeier für Königin Alexandra

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“
wie London, 27. November
Die hiesigen Schwestern und einiger Räte, einem Ausnahmeweiter für London, fand heute der öffentlichen Teil der Trauerfeierlichkeiten für Königin Mutter Alexandra statt. Auf einer Gedächtnisfeier, gegeben von Matronen der Schwestern, wurde der Herzog in feierlichem Anzuge vom Earl James-Balfour nach Westminster Abbey geleitet. Unter dem Herzog steht zuerst dessen der König, dann eine weitere Reihe, bestehend aus den Königen von Belgien, Dänemark und Norwegen. In der dritten Reihe befand sich der Prinz von Wales, der Prinzgrafen von Schweden und Rumänien, in der vierten Reihe der Herzog von York der Brautjungfer von Norwegen, Prinz Waldemar von Dänemark, in der fünften Reihe Earl von Dänemark, Prinz Herzog, Prinz Karl von Belgien.
In der Reihenfolge der Reihe, die seit heute morgen 7 Uhr zum größten Teil für das Publikum freigegeben war, fand der Trauergebetdienst unter Leitung des Erzbischofs von Canterbury und der gesamten Geistlichkeit der Reihe statt. Nach dem Singen des Hohen Liedes, die Reihe, für den Durchmarsch des Sargtrahers bis heute Abend 10 Uhr festgehalten. Heute nacht findet die Überführung nach Windsor statt.

Der Zerfall der Muden-Partei

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“
E. v. S. Peking, 27. November
Der totale Zerfall der Muden-Partei ist ein vorübergehendes Chaos ausgelöst. Ungeachtet geht der politische Kampf um die Verteilung der reichen Provinzialposten. Eine Reorganisation der Militärregimente, der bei der spezifischen Reichsarmee (Mudens) führen mitteilt, ist bereits festgesetzt. Man erwartet auch eine Umstellung der Regierung. Die Zukunft des russischen Postoffiziers Karakhan in Peking, die für Montag angekündigt ist, wird mit Spannung erwartet.

Sidikaustausch in Mexel

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“
wie Mexel, 27. November
Die Verhandlungen der Fraktionsführer des mexicanischen Landtages mit dem italienischen Konsularen wegen Genehmigung des Präsidenten des neuen Anleiheabkommens haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Morgen nachmittags wird der Berliner italienische Konsul Sidikaustausch in Mexel treffen, um schließlich mit den Landtagsparlamenten zu verhandeln. Diese Verhandlung in der Regierungsbüroausgang kann als günstiges Zeichen gedeutet werden. Es scheint so, als ob die italienische Regierung nicht gewillt ist, gleich vor der nächsten Wählerbestimmung eine Klage der Reichsversammlung zu stellen, und wodurch auch die Genehmigung Sidikaustausch, der als ein sehr vernünftiger und unabhängiger Politiker gilt, den Wünschen des mexicanischen Landtages entgegenkommen wird.

Militärspekulation Sehners

Wie wir erfahren, ist im Anschluß an die Entlassung des Intendanten von Schilling und im Staatsdienst des Hauptmanns eine Reihe ausgebrochen. Intendant Leopold Sehner hat heute, um seiner Solidarität mit dem Intendanten der Staatsoper Ausdruck zu geben, um seine Entlassung gebeten. — Wie wir früher gemeldet haben, ist das Damburger Deutsche Schauspielhaus bemüht, Sehner für die Produktion des zurückgetretenen Intendanten Eger zu gewinnen.

Der Fall Schillings

Von Georg Bernbardt

Der Intendant der Staatsoper, Professor Max von Schilling, ist vom preussischen Ministerium für Unterricht schuldig erlassen worden. Die Entlassung ist vorgefertigt erfolgt. Das Ministerium hat zu heute nachmittags die Vertreter der Presse eingeladen, Erklärungen über die Gründe, die für die Entlassung maßgebend waren, zu hören. Bedeutend, daß die öffentliche Meinung nicht in den Stand gesetzt worden ist, diese Gründe gleichzeitig mit der Kenntnis von der hiesigen Entlassung zu erfahren. Denn natürlich hat sich in der Zwischenzeit in Berlin alle möglichen Gerüchte herumgesprochen, wie es ja auch nicht anders möglich ist, angefangen der Tatsache, daß das Kultusministerium seinen Oberintendanten einfach auf die Straße ließ.

Durch diese Tatsache aber wird der „Fall Schillings“ zu einer Einzelheit mit einer Bedeutung erhoben, die über den Einzelfall weit hinausragt. Es soll hier nicht über die schärfsten Differenzen geteilt werden, die seit längerer Zeit immer zwischen dem Ministerium und Max v. Schilling herrschen, Differenzen, die immer wieder vertieft werden und immer wieder aufbrechen. Ein dringliches Urteil aber steht der Presse erst zu, nachdem das Ministerium sein hiesiges Schweigen gebrochen hat. Denn auch in diesem Falle soll man beide Teile hören, bevor man Recht spricht. Es soll sogar einmal unter anderem, die künstlerischen Leistungen und die Verwaltungstätigkeit des Professors v. Schilling sein so gemessen, daß er auch zu seiner Unzufriedenheit dem Ministerium vorgehen gemessen wäre. Es soll dabei auch nicht einmal zu denken des Ministeriums die Schritte in die Richtung genommen werden, die sich nähern bei der Orientierung des Vertrages mit Schilling des Kultusministeriums vor der Presse nicht genug dessen künstlerische und menschliche Eigenschaften rühmen und gegen seine hiesigen Kritiker verteidigen konnte. Alles zugeordnet, was gegen Schilling gesprochen hätte. Aber: es geht nicht um die hier ein Künstler vor hohen Rang von einer preussischen Zentralbehörde menschlich behandelt wird, muß sofort und entzündlichen Gehör erhalten werden. Hier geht es um den Streit vor künstlerischer Arbeit und mithin um eine Sache der Solidarität für alle Gehilfen, Arbeiter, geistlich, ob sie wissenschaftlich, künstlerisch, technisch oder journalistisch wirken.

Mit Genugtuung ist es zu begrüßen, daß der Intendant des Staatsoper, Professor Leopold Sehner, dem Ministerium seine Demission einreicht hat. Diese Handlung ist ein Ausfluß der bekannten vorteilhaften und intelligenten Stellung des Staatsoper-Intendanten. Denn gegen Sehner liegt nichts vor. Er hat seinen Konflikt mit dem Ministerium durch die ihm zu verantwortenden Anordnungen des Unterrichtsministeriums freundlichwillig verbunden. Aber Sehner beweist hier eben die ganz richtige Empfindung dafür, daß die Landtagskommission des Ministeriums, gleichgültig auf welcher Seite Recht oder Unrecht liegt, einen Schritt gegen die ungelieblichen Ereignisse über die Behandlung geistlicher Funktionen bedeutet.

Das Ministerium magt bei der Entlassung seines Intendanten von einem Photographen des Bürgerlichen Gesetzbuchs Gebrauch, der sich auf den Inhalt bezieht. Ein Photograph, wie er alle, die Intendanten, die sich mit dem Inhalt für Handelsangelegenheiten wiederholt. Sichtlich kommt auch das Verhältnis jedes noch so hochgestellten Direktors in einem Betriebsunternehmen zu seiner Geisteskraft als Dienstverpflichtung. Für den Zurücktritt steht mithin auch der Konflikt mit dem Staatsoper-Intendanten und dem Intendanten des hiesigen Intendanten vollkommen gleich. Selbst wenn man nur das Zuständige gelten lassen will, so scheint es doch notwendig zu sein, dem preussischen Unterrichtsministerium zu sagen, daß sich bei dem, was man in irgendeinem beliebigen Betriebsunternehmen geistliche Ermüdungen möglicherweise hindert, der Photograph, der die geistliche Entlassung eines Angestellten behandelt, nur sehr ungern in Anwendung gebracht wird. In solchen kaufmännischen Fällen wird dem Intendanten, der sich selbst bei einem solchen sofortigen Bindung anerkennt, wird sich im Lichte der Verwaltungsfunktion hindern und er erlauben, ob man gegenüber dem geringen Angestellten nicht besonders schwere Anforderungen stellen kann. Professor v. Schilling ist nicht nur ein hoher Funktionär des Staates, sondern er ist ein Künstler und eine weit über Europas Grenzen hinaus bekannte Persönlichkeit. Und die persönlichen Beziehungen des Intendanten von Schilling beinhalten einen besonders delikaten und den Ruf dieser Persönlichkeit leitend möglichen Behandlung.

Aber darüber hat das Kultusministerium sich hinweggesetzt, für die verantwortlichen Beamten des Kultusministeriums nur die Verantwortung der Regierungsgeschäfte des Ministeriums erlaubt, den Angestellten von Schilling einfach auf die Straße und so halslos Männer, die selbst im Beamtenverhältnis stehen, die aber für sich und für den geringsten Teil des Staatsdienstes verpflichtet sind, das Privileg der Unabsetzbarkeit in Anspruch nehmen und verlangen, daß vor